

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennig

Seignurspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 0,60 Gulden,
Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich, Anzeigen: die 8. Spalte 0,20 Gulden, 9. Spalte
1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold
mark. Abonnements- und Inseratenanträge in Polen
nach dem Danziger Tauschkurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen - Annahme, Zeitungs
bestellung und Drucksachen 3290

Nr. 12

Donnerstag, den 15. Januar 1925

16. Jahrgang

Kampfansage Polens gegen den Völkerbundskommissar.

Polen droht mit Repressalien gegen Danzig.

Polen hat in seinem Politik mit Danzig eine böse Niederlage erlitten. Gegenüber dem Hinweis des Danziger Senats auf die Darlehen des früheren Völkerbundkommissars Dąbina, daß Polen kein Recht habe, in Danzig eine eigene Post außer zur Beförderung des Transitverkehrs zu errichten, hatte Polen den Einwand erhoben, daß es sich hier um keine rechtliche Entscheidung des Völkerbundskommissars handele. Dąbina war damals so optimistisch gewesen, daß er eine Entscheidung nicht für notwendig erachtete, weil Polen nach seiner Auffassung nicht die Absicht habe, in Danzig einen eigenen vollständigen Postdienst einzurichten. Nachdem dies inzwischen geschehen, hat der jetzige Völkerbundskommissar Polen aufgefordert, den früheren Zustand wieder herzustellen und die Postkästen zu entfernen, andernfalls er den Danziger Behörden einen Auftrag hierzu erteilen würde. Dieser Schritt MacDonnells hat nun in Polen eine erneute große Erregung hervorgerufen. Inhaft dieses Urteils einer hohen neutralen Persönlichkeit zu beachten und in sich zu gehen, wendet sich nunmehr Polen nicht nur gegen Danzig, sondern auch in schärfster Weise gegen den Völkerbundskommissar. Der Vizepräsident Dąbina hatte schon in einer Pressekonferenz erklärt, keine Macht sei so groß und kein Amt so hoch, daß es ihnen erlaubt sein könnte, Polen wie eine Reueherde zu behandeln; die gegen Polen verübte Gewalt werde energisch beantwortet werden. Der „Kurjer Polski“ appelliert an den Völkerbund gegen dessen Organ, den Kommissar MacDonnell. Der „Kurjer Poranny“ unterschreibt, daß der Kommissar soeben erst aus London nach Danzig zurückgekehrt sei. Die „Warszawianka“ schreibt, der Völkerbundskommissar habe die Hand gegen Polens Eigentum und Verfassung „recht“ erhoben, den Wind, den er säe, werde ihn selbst erwischen. Das „Echo Warszawskie“ behauptet, die Lage werde eine „blitzschnelle Tat“ von polnischer Seite. Die „Pracownicy“ rufen, „jedermann ein noli me tangere zu“. Der Premierminister Grabski ist noch Warschau zurückgekehrt.

Aus Warschau wird gemeldet: Mittwoch vormittag wurde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grabski über finanzielle und wirtschaftliche Druckmaßnahmen beraten, die angewendet werden sollen, wenn Danzig die Streitfrage nicht auf dem Wege des Rechts, sondern auf dem der Willkür aus der Welt schaffen will. In einer anschließenden außerordentlichen Besprechung der Minister wurden wichtige Beschlüsse gefasst, die aber noch geheim gehalten werden. Abends fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Sitzung des politischen Komitees statt, das sich mit dem Danziger Konflikt beschäftigte.

Über den Stand des Danzig-polnischen Streitfalles hat der Kommissar des Völkerbundes dem Senat gestern folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Am Freitag, den 9., erlaube ich den polnischen diplomatischen Vertreter, die nötigen Schritte zu unternehmen, den „status quo ante“ wieder herzustellen, um eine Wiederholung der bedauerlichen Zwischenfälle zu vermeiden, die das Anbringen von polnischen Briefkästen in den Straßen von Danzig zur Folge gehabt hat.“

Am Montag, den 11., benachrichtigte mich der polnische diplomatische Vertreter, daß seine Regierung nicht in der Lage sei, dem von mir angebotenen Ersuchen Folge zu leisten.

Ich benachrichtigte daraufhin Herrn Straßburger, daß falls seine Regierung nicht in der Lage sei, meinem Ersuchen Folge zu leisten, ich mich verpflichtet fühlen würde, den Senat zu ersuchen, die Briefkästen auf mein Ersuchen und auf meine Verantwortung zu entfernen, mit Ausnahme des Briefkastens an dem Gebäude des polnischen Generalkonsulats, der in Anbetracht der Exterritorialität dieses Gebäudes nicht angeführt werden dürfte. Weitere Verhandlungen mit Herrn Straßburger haben über diesen Gegenstand gestern und heute stattgefunden, und ich sehe hierüber noch in Verbindung mit ihm. Ich bin weiterhin benachrichtigt, daß die polnische Delegation beim Völkerbund in Genf angewiesen worden ist, den polnischen Standpunkt vor dem Generalsekretär zu vertreten, mit dem ich fest über diese Angelegenheit in Verbindung stehe.“

Ministerpräsident Braun vor dem Landtag.

Der für Mittwoch angekündigte Kampf des Preussischen Kabinetts gegen die Reiterer und offenen Feinde hatte fast alle Abgeordneten des Preussischen Landtags auf den Plan gerufen. Nach Mitteilung, daß Rüdiger Fischer auf ihr Landtagsmandat verzichtet hat, folgte die Entgegennahme der Erklärung des Ministerpräsidenten. Mit zur Beratung steht der Antrag der Deutschen Volkspartei gegen die weitere Tätigkeit des Staatsministeriums und der kommunistische Misstrauensantrag.

Als Ministerpräsident Braun das Wort nimmt, brüllen die Kommunisten ihre bekannte Amneisteparole. Die deutsch-nationale Fraktion verläßt den Saal. Die Deutschen Volksparteier schließen sich diesmal zur allgemeinen Ueberzeugung des Hauses der Deutschnationalen nicht an, sondern bleiben. Der Ministerpräsident spricht freudig und couragiert. Die kommunistischen Anreizungsversuche, die im Verlauf der Rede immer von neuem probiert werden, haben nicht den geringsten Erfolg. Genosse Braun macht nicht lang Federlesen — er wackelt den Stier bei den Hörnern und erklärt nach einer kurzen Paraphrase der verfassungsmäßigen Funktionen der Deutschen Volkspartei, daß es sich nicht um eine juristische Streitfrage, sondern um einen politischen Kampf handle. Um einen Kampf, bei dem es um nichts anderes gehe, als um die Politik der großen Koalition, der selben Politik, die die Deutsche Volkspartei jahrelang in Preußen mitgemacht habe. Für diese Politik werde das Kabinett die Vertrauensfrage stellen. Die Parole: Politik der Ordnung und des Aufstiegs gegenüber Katastrophen-

politik, schloß die Rede des Ministerpräsidenten über die Bilanz der großen Koalition wirkungsvoll ab.

Es war ein glücklicher Gedanke unserer Genossen, hierauf den Vertagungsantrag zu stellen, damit die Parteien noch einmal eine letzte Gelegenheit haben, in Ruhe über die Regierungserklärung nachzudenken und sich zu vergewissern, was auf dem Spiele steht. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Volkslichen und die Kommunisten waren gegen die Vertagung. Die erste Abstimmung blieb unentschieden, es kam zum Sammelsprung. Die erste Kraftprobe war da, alles stand auf des Messers Schneide. Unter ungeheurer Spannung im Hause teilte der Präsident mit, daß die Vertagung mit 206 gegen 199 Stimmen beschlossen wurde. Die Linke und die Mitte riefen Bravo, die Kommunisten gröhnten, die Rechte schweigend. Die Aussprache über die Regierungserklärung beginnt am Freitag, 2 Uhr.

Das Kabinett Dr. Luther.

Schärfste Opposition der Sozialdemokratie.

Das neue Reichskabinett wird folgendermaßen zusammengeleitet sein: Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann (Volkspartei), Inneres Schäfer (Deutschnational), Finanzen Sämtlich (Volkspartei), Wirtschaft Ministerialdirektor a. D. Neuhaus (Deutschnational), Arbeit Brauns (Zentrum), Justiz und Befehle Gehlert (Oberlandesgerichtspräsident Schöller-Düsseldorf (Zentrum), Wehrmacht Dr. Gehler, Reichspost Stinck (Bayerische Volkspartei), Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz. Für das Verkehrsministerium wird, den Blättern zufolge, noch kein bestimmter Anwärter genannt.

Über die Haltung der einzelnen Parteien zu dem Kabinett wird mitgeteilt, daß die Regierung unbedingt auf die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei rechnen könne. — Über die Haltung des Zentrums schreibt die „Germania“, daß das Zentrum der neuen Regierung in völliger Freiheit gegenüberstehe. In der Einsetzung eines Vertrauensmannes in das Kabinett in der Person des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns habe sich das Zentrum lebhaft beteiligt entschlossen, um die Bemerkungen Dr. Luthers nicht

auch scheitern zu lassen, da Dr. Luther ohne diese Mitwirkung des Zentrums keinen Auftrag habe annehmen wollen. Die neue Regierung müsse sich klar darüber sein, daß sie vom Zentrum lediglich nach ihren Taten beurteilt und behandelt werden wird. — Die Demokraten werden dem „Tageblatt“ zufolge ein Vertrauensvotum oder einen Billigungsantrag nicht unterstützen, da sie sich durch die Beteiligung Dr. Gehler am Kabinett in keiner Weise gebunden fühlen. Die „Voll. Sta.“ spricht sogar von einer scharfen oppositionellen Haltung der Demokraten. — Zur Stellung der Sozialdemokraten bemerkt der „Vorwärts“: Es frage sich nicht, ob das Kabinett Luthers bekämpft werden solle, sondern nur, wie der Kampf am wirkungsvollsten zu führen sei.

Die Krise in Spanien.

Die politischen Verhältnisse in Spanien drängen immer mehr zu einer Klärung. Am besten ergibt sich das aus den Blättern aller Richtungen, welche reiflos für eine Verfassungsänderung, wenn auch in ihrem Sinne, eintreten. Die Tatsache, daß die herrschenden Militärs trotz der scharfen Zensur Erörterungen über eine Verfassungsänderung dulden und ebenfalls solche über die Rückkehr zu konstitutionellen Verhältnissen zulassen, zeigt, daß auch die reagierenden Kreise unter dem Druck der Tatsache der Notwendigkeit einer Klärung der Lage einsehen. Man rechnet damit, daß diese Klärung erfolgt, sobald Primo de Rivera aus Marokko zurückgekehrt ist.

Die englischen Liberalen.

Asquith oder Lord George.

Der im letzten Wahlkampf unterlegene liberale Führer Asquith ist von seiner ägyptischen Reise zurückgekehrt und hat die Absicht, auch die Führung der Partei im Unterhaus wieder zu übernehmen. Seine Freunde wollen dafür sorgen, daß er einen absolut festen Parlamentssitz bekommt. Man will ihm ein Universitätsmandat geben. Die Anhänger Lord George, der gegenwärtig die liberale Partei im Unterhaus führt, suchen ihren Freund vor dem Verlust der Führerschaft an Asquith dadurch zu retten, daß sie dem alten Asquith einen Sitz im Oberhaus verschaffen wollen. Man bezeichnet es als selbstverständlich, daß, wenn Asquith wolle, seine Ernennung zum Lord sofort erfolgen werde. Aber er selber denkt gar nicht daran, sich in dem einflusslosen Oberhaus festschließen zu lassen. Er hat in diesen Tagen z. B. erklärt, daß er keinen Ehrgeiz habe, die Treppe hinaufzufallen. Er will unter allen Umständen die Führung der Partei im Unterhaus wieder übernehmen.

Der Befreiungskampf des Proletariats —

ein Problem der militärischen Strategie.

Den neuerlichen Vorstoß Trozki's gegen die Rußland und die kommunistische Internationale beherrschende „Trojka“, Sinowjew, Kamenev und Stalin, leitete seine esplanische Schrift über Lenin ein, der bald darauf sein Buch „1917“ folgte. Das Buch über Lenin ist in deutscher Sprache erschienen, das Buch „1917“ vermahnt hingegen der russische Staatsverlag und achtet sorgsam darauf, daß es nicht in „unrecht“ jedenfalls in nicht allzu viele Hände gelange. (Es wird übrigens, sehr zum Verger der Moskauer, von Len in deutscher Sprache herausgegeben werden.) Trozki, der Organisator der roten Armee, seit dem Tode Lenins die bedeutendste Erscheinung des Bolschewismus, wird zwar wegen dieses Buches von den Epigonen Lenins als Kleinbürger, Menschewik, sogar als Konterrevolutionär und Sozialverräter beschimpft; dennoch darf kein kommunistischer Arbeiter erfahren, was eigentlich Trozki geschrieben, um befehlswillig er ihn befehlsgemäß zu verachten und zu verdammen hat.

Indes, die erste der beiden Schriften, eben die über Lenin, liegt dem deutschen Leser vor, und es verlohnt sich gewiß, darin zu blättern. In der Skizze Trozki's erscheint Lenin, im Gegensatz zur bisherigen recht oberflächlichen Lenin-Apologie, nicht als der große Denker, der Theoretiker und wissenschaftliche Bahnbrecher des Sozialismus, sondern als der große Strategie, der „gewaltige Maschinist“ der Revolution. Der Befreiungskampf des Proletariats: er war Lenin immer noch nur ein Problem der gleichsam militärischen Strategie der Klassenkräfte, ein Problem der „richtigen“ Organisation der Kampftruppen des Proletariats, ein Problem des überlegenen Manövrierens, der „Ariegstin“, des rechtzeitigen Vorkommens und endlich der Befähigung der durch die Gewalt eines historischen Zufalls erworbenen Macht mit allen Mitteln der Gewalt. Diese Auffassung vom Problem der Revolution schied ihn schon vor mehr als zwanzig Jahren von der Sozialdemokratie. Dem marxistischen Sozialismus ist kardinaler Grundgedanke die Erkenntnis, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk der Arbeiterkräfte sein könne, daß also die kapitalistischen Produktionskräfte vorerst die feudalen Grundlagen der alten Gesellschaft völlig zerstören, ein mächtiges Proletariat erzeugen, es zum Bewußtsein seiner Klassenlage und seiner Klassenaufgabe erwecken und daß erst dann, bei einer gewissen Höhe der kapitalistischen Entwicklung, das reife Proletariat in die letzten entscheidenden Kämpfe um die Macht eintreten könne.

Lenin war aber schon vor zwanzig Jahren der Ueberzeugung, daß das Proletariat als Klasse zur Lösung revolutionärer Aufgaben unfähig sei. In seiner bekannten Broschüre „Was ist zu tun?“ schrieb er schon:

Die Geschichte aller Völker lehrt, daß sich die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften nur zu einem trade-unionistischen Bewußtsein durchzuarbeiten vermag, daß heißt, sie gelangt zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf mit den Unternehmern zu führen, von der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze zu fordern uhn. Die elementare Entwidlung der Arbeiterbewegung führt zu ihrer Unterwerfung unter die bürgerliche Ideologie —

weil die elementare Arbeiterbewegung ein Trade-Unionismus ist ...

Die Arbeiterklasse war ihm also gleichsam von Natur aus „organisch“ reformistisch und daher unfähig, revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln. „Innerhalb der Arbeiterklasse“, so schrieb er dort weiter, „konnte auch kein sozialdemokratisches Bewußtsein Platz greifen. Dieses konnte lediglich von außen in die Arbeiterklasse getragen werden.“ Aus dieser grundlegenden Ueberzeugung leitete Lenin die Forderung ab, das Werk der Befreiung des Proletariats den — „Revolutionären“ zu übertragen, also dem Proletariat einen „Vortrup“ voranzustellen, gebildet aus unbedingt zuverlässigen, kampftüchtigen, jedem Weisheit des „Zentralkomitees“ blind gehorchenden Revolutionären deren Aufgabe es ist, in „revolutionären Situationen“ die permanente Revolutionsbereitschaft in aktiven revolutionären Kampf auszulösen und die freien Massen des Proletariats „mitzureißen“. „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden ganz Rußland umwandeln!“ rief schon 1902 Lenin. Die Organisation einer Elite von Berufsrevolutionären und nicht die Organisation des seiner historischen Aufgabe bewußten Proletariats als Klasse: dies war der Inhalt seiner ständigen Sorge. Gelänge es, einen Kader tüchtiger Berufsrevolutionäre zu organisieren, dann mag es gelingen, den Feind zu „überrumpeln“, „ganz Rußland umzuwandeln“.

Das Lenin im starren, unmarxistischen Banne seiner alten Vorstellungen bis in seine letzten Tage stand, das zeigt höchst anschaulich auch das jüngste Buch Trozki's. Kaum hatte Lenin, aus der Emigration heimgekehrt, den russischen Boden betreten, als er sofort mit fondiratischen Methoden Spiontruppen zur Erringung der Macht organisierte. Und schon im Juli 1917 forderte er:

man solle unverzüglich eine richtige Verschwörung ins Werk setzen, den Gegner überrumpeln, ihm die Macht entreißen, und dann würde man sehen.

Als ihm in diesen Plänen seine Freunde vom Zentralkomitee nicht folgen wollten, ließ er auf Umwegen Kreuz und quer seine Lösungen mitten hinein in die Massen der Partei gelangen, um die Scriben der Partei vor die Notwendigkeit zu stellen, zu handeln und aus der Ueberzeugung, daß die bolschewistische „Überrumpelung“ niemals mehr gelungen wäre, wenn er nicht den „richtigen“ Augenblick zur Überrumpelung gewählt und wenn das geschickte „Manövrieren“ gegen seine eigenen Parteigenossen erfolglos geblieben wäre. Trozki verdolmetscht diese Erwägungen seines Meisters so:

Bei uns konnte man ... die Ansicht hören: Wenn wir damals im Oktober nicht die Macht ergriffen hätten, dann wäre es zwei, drei Monate später geschehen. Eine grobe Verirrung! Wenn wir die Macht nicht im Oktober ergriffen hätten, dann hätten wir sie überhaupt nicht ergriffen ... Das Kräfteverhältnis hätte sich radikal verändert können, und der proletarische Umsturz wäre in unbestimmte Ferne verschoben gewesen. Es ist eine vernichtende Kritik des Bolschewismus kaum denkbar als diese Erwägung. Danach hat der Bolschewismus

Bereidigungs-Blamage des Senats.

Ein Streit um die Verfassung. — Niederlagen der Regierung.

Der Volkstag hat seine Ferien beendet; er trat gestern zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Präsident Dr. Reichel eröffnete die Sitzung und machte die Mitteilung von der Vereidigung der Deutschen Partei und der Abgruppe von einer deutsch-liberalen Fraktion. Dadurch wird eine Neuverteilung der Ausschüsse notwendig. Auch äußerlich kommt die Parteilagerung im Volkstag zum Ausdruck, da die Abgeordneten der Deutsch-Danziger Partei ihre Plätze mehr nach links verlegen mußten. Der Gesekentwurf betreffend Anklage von Senatoren wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes, wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Es erfolgte alsdann die Wahl des neuen Volkstagspräsidenten, die feierliche Schwereidigkeiten bereitete. Durch Zuruf wurde das bisherige Präsidium, und zwar Dr. Reichel zum Präsidenten, Abg. Gen. Gehl zum 1. Vizepräsidenten und Abg. Spelti zum 2. Vizepräsidenten, gewählt. Maßgebend dafür war die Stärke der Fraktionen. Auch die Wahl der Beisitzer ging glatt vonstatten. In den Richternahlausschluß wurden gewählt: Abg. Gen. Dr. Müller, Dr. Sumke und Kurowski.

Ein Schiedsversuch.

Um die Einführung des Präsidiums des Senats und der hauptamtlichen Senatoren entbrannte alsdann eine stundenlange Debatte. Die Deutschnationalen hielten es für angebracht, in einer Zeit härtester außenpolitischer Spannung, wo eine Geschlossenheit von Senat und Volkstagsmitgliedern am Platze ist, mutwillig einen Streit zu provozieren. Artikel 28 der Verfassung sagt, daß das in den Senat eintretende Mitglied in Gegenwart des Senats durch den Präsidenten des Senats oder dessen Stellvertreter in sein Amt eingeführt und vereidigt wird. Die Verfassung sagt nichts darüber, wer den Senatspräsidenten zu vereidigen hat. Bei der erstmaligen Wahl des Senatspräsidenten erfolgte die Einführung und Vereidigung durch den damaligen Volkstagspräsidenten Dr. Reinhardt. Ein Grund, davon diesmal abzugehen, lag wirklich nicht vor. Anfangs schienen auch die Deutschnationalen gegen diese Art der Vereidigung der Angelegenheit nichts einzuwenden zu haben. Bei den Verhandlungen im Referendariat änderten sie jedoch ihre Ansicht und brachten in der Sitzung des Volkstages den Antrag ein: Artikel 28 der Verfassung findet auf die im November gewählten Mitglieder des Senats keine Anwendung. Eine Vereidigung hätte demnach nicht stattfinden können. Die sozialdemokratische Fraktion trat dieser Auffassung entgegen durch den Antrag: Artikel 28 Satz 2 der Verfassung hat auch auf wiedergewählte Senatsmitglieder Anwendung zu finden. Die Verpflichtung des Präsidenten des Senats hat, wie im Jahre 1920, durch den Präsidenten des Volkstages zu erfolgen.

Abg. Dr. Sumke hatte die Aufgabe, den deutschnationalen Antrag zu begründen. Er vertrat die Anschauung, daß die wiedergewählten Senatoren nicht noch einmal vereidigt werden brauchen, da sie bereits einmal bei ihrer erstmaligen Wahl den Eid geleistet hätten. Auch hätten diese den Amteneid bereits geleistet. Von einer Verpflichtung des Senatspräsidenten durch den Präsidenten des Volkstages wollte er nichts wissen, sondern vertrat die Anschauung, der Senatspräsident müsse durch den Vizepräsidenten des Senats vereidigt werden. Der Hinweis auf die frühere Verpflichtung des Senatspräsidenten durch Dr. Reinhardt wollte Dr. Sumke damit abtun, daß man einen Fehler nicht wiederholen brauche.

Abg. Genosse Rahn

bedauerte, daß in dieser Zeit außenpolitischer Spannung der Eindruck erweckt wird, als wenn zwischen den beiden geistig führenden Körperschaften in Danzig erhebliche Differenzen beständen, und begründete alsdann den sozialdemokratischen Antrag. Er stellte fest, daß der Präsident des Senates die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre festsetzt und die auch die Vereidigung der hauptamtlichen Senatoren enthält. Das Haus habe einstimmig der Tagesordnung zugestimmt. Erst im Referendariat sind bei der Frage, wer die Vereidigung des Senatspräsidenten vorzunehmen hat, Differenzen entstanden, da die Deutschnationalen die Vereidigung des Senatspräsidenten durch den Senatsvizepräsidenten wünschten. Die Linke trat dieser Auffassung entgegen und verlangte, daß der Senatspräsident dem Volkstagspräsidenten den Eid ablegt. Daraufhin kam der deutschnationaler Antrag, von einer Vereidigung abzusehen.

Abg. Gen. Rahn verpflichtete alsdann die Ausführungen des deutschnationalen Redners und stellte fest, daß der Beamtenrat mit dem in der Verfassung vorgesehenen Eid nichts gemein hat. Er wies auch daraufhin, daß Präsident Reinhardt die Vereidigung seinerzeit damals vorgenommen habe. Die Vereidigung sei von hoher staatsrechtlicher Bedeutung.

Für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung konnte Redner sich auf eine Reihe geschichtlicher Vorgänge berufen. Wilhelm I. hat als Prinzregent den beiden Häusern der preussischen Volksvertretung den Verfassungseid geleistet und ihn später bei der endgültigen Regierungsübernahme wiederholt. Auch die deutsche Reichsverfassung sieht vor, daß bei Wiederwahl des Reichspräsidenten der Verfassungseid erneut zu leisten ist. Ähnliche Bestimmungen gelten für den preussischen Ministerpräsidenten. Die Hamburger Verfassung sieht vor, daß nach jederwähliger Wahl der Senatoren der Eid wiederholt werden muß. Das gleiche ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Fall. Dort ist zwar eine mehrmalige Wiederwahl nicht vorgenommen worden, um Anwandlungen von Gottesgnadentum nicht aufkommen zu lassen.

Nachdem der Redner so dargelegt hatte, daß eine erneute Vereidigung stattfinden muß, behandelte er die Frage, wer die Vereidigung vorzunehmen hat. Da nach der Verfassung die Staatsgewalt von Volksausgängen, sei es ganz selbstverständlich, daß der Senatspräsident den Verfassungseid dem Volkstagspräsidenten leistet. Dieser sei der Repräsentant des Volkstages, der wiederum die Gewählten des Volkes darstelle. Es gehe nicht an, daß die Regierungsmittelglieder sich gegenseitig verpflichten. Eine beratige Auslegung der Verfassung beschränke die Rechte der Volksvertretung, was die Linke nicht dulden würde.

Unterbrechung der Sitzung.

Abg. Dr. Reumann (deutschliberale Fraktion) beantragte hierauf Vertagung der Sitzung, um eine Fraktionsberatung zu ermöglichen. Das Haus trat diesem Verlangen bei.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung legte Abg. Gen. Dr. Müller die juristischen Gründe für eine nochmalige Vereidigung der Regierungsmittelglieder dar. Die Verfassung bestimme ausdrücklich, daß ein Jahr nach Inkrafttreten des neu gewählten Volkstages die Amtszeit der Senatoren endet. Am 1. Januar d. Js. haben sie ein neues Amt angetreten. Eine Vereidigung ist deshalb notwendig. Wer die Vereidigung vornimmt, ist in der Verfassung nicht ausdrücklich be-

gelegt, es muß deshalb auf allgemein staatliche Grundsätze zurückgegriffen werden. Die Regierung hat derjenigen Körperschaft den Eid zu leisten, die sie gewählt hat. Da die Regierung vom Volkstag gewählt ist, hat der Senatspräsident den Verfassungseid dem Präsidenten des Volkstages zu leisten. Es ist ein Umstand, daß sich die Senatoren selbst vereidigen.

Die Aussprache war damit geschlossen. Es kam zur Abstimmung. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten sämtliche Parteien des Hauses, mit Ausnahme der Deutschnationalen und ihrer Landsleute, die Zentrumsgewählten. Da das Präsidium sich über die Mehrheit nicht einig wurde, wurde zur Ausschließung geschritten, die eine große Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag brachte. Es wurden 62 Stimmen dafür und 45 dagegen abgegeben. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Darauf leitete der Senatspräsident Sahn in die Hand des Volkstagspräsidenten den in der Verfassung vorgeschriebenen Eid, worauf Senatspräsident Sahn die übrigen Senatoren vereidigte.

Mißstände in der Elektrizitätswirtschaft

haben die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, dem Volkstag einen Antrag zu unterbreiten, wonach Interessenten nicht Mitglied dieser Körperschaft sein dürfen. Abg. Gen. Krasinski hat im Volkstag des öfteren dargelegt, wie die Arbeiten der Elektrizitätswirtschaftsbehörde dadurch sabotiert werden, daß dort persönliche Interessenpolitik getrieben wird. Er konnte sich deshalb in der gestrigen Volkstagsitzung, wo dieser Antrag zur 1. Beratung kam, sehr kurz fassen. Er wies auf seine früheren Feststellungen hin und erklärte, daß er im Anschluß weiteres Material unterbreiten werde. Redner hat das Haus, den Antrag dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen, was auch geschah. Dem gleichen Ausschuß wurden auch die Gesekentwürfe zur Abänderung des Wandergewerbesteuergesetzes und zur Wänderung der Verordnung der Preisstreberei zugewiesen.

Bornahme regelmäßiger Erhebungen im Bereiche der Landwirtschaft

fordert ein Gesekentwurf, der gestern in zweiter Lesung zur Verhandlung stand. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Ernteschätzungen, die nach der Vorlage von Gemeindevorständen gemacht werden sollen. Der sozialdemokratische Antrag fordert, daß dies von einem unparteiischen Ausschuss geschieht. Der Gesekentwurf wurde noch einmal dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Eine Abänderung der Landgemeindeordnung

wünscht der Senat, da es nach dem zurzeit geltenden Gesetz nicht möglich ist, die durch die neue Grenzbildung abgetrennten Teile von Gutsbesitzern den Landgemeinden anzugliedern. Abg. Gen. Vater erklärte, daß die Sozialdemokratie an diesem Gesekentwurf kein Interesse habe. Sie fordere gänzliche Beseitigung der Gutsbezirke. Der Gesekentwurf der Regierung wurde darauf endgültig vom Hause abgelehnt. Deutschnationaler und Zentrum blieben wieder in der Minderheit. „Das fängt gut an“, lautete ein Zwischenruf von links. Er hatte durchaus recht, denn die hiesigen vereidigten Regierung erlitt gleich in der ersten Sitzung des neuen Jahres zwei Niederlagen. Die nächste Sitzung des Volkstages findet heute nachmittags statt.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Der Senat legt nunmehr nach langem Warten dem Volkstag einen Gesekentwurf zur Neuordnung der Beschäftigung Schwerbeschädigter vor. Gegenüber dem von uns bereits veröffentlichten Referententwurf sind keine große Änderungen zu verzeichnen. Es ist nur die Bestimmung gestrichen worden, daß auch Zivilblinde den notwendigen Arbeitslohn genießen sollen. In fordern in aber, neben den Schwerkrankenbeschädigten und Schweranfallsverletzten, auch die Zivilblinden, die körperlich Behinderten und auch die Kriegserwitwen einen Arbeitslohn genießen und in die Bestimmungen dieses Gesetzes einbezogen werden.

Das Kartell der Kriegsbeschädigten fordert, daß nicht nur bei 20 bis 50 Beschäftigten ein Schwerbeschädigter eingestellt werden muß, sondern schon bei 20 bis 40 Beschäftigten und bei über 40 Beschäftigten für je weitere 40 Beschäftigte ein Beschädigter mehr eingestellt werden. Im übrigen ist in dem Gesekentwurf, auf dessen Einzelheiten noch zurückzukommen werden soll, die Mitwirkung der Schwerbeschädigten ziemlich eingeschränkt worden. Es wird Aufgabe des Volkstages sein, wesentliche Verbesserungen an dem Gesekentwurf vorzunehmen.

Gesangsvorlesefeier. Der Danziger Männergesangsverein wird, vielfachen an ihn ergangenen Anregungen entsprechend, am nächsten Sonntagvormittag sein Wiederkonzert wiederholen, das am vergangenen Freitag so außerordentlich harten Beifall fand. Diese zweite Aufführung verfolgt den Zweck, durch entsprechendes niedrige gestellte Eintrittspreise den Besuch des Konzertes weitesten Kreisen zu ermöglichen. Für dieses Konzert ist eine besondere solistische Kraft gewonnen worden. Else Oken, die früher am hiesigen Stadttheater wirkte und sich seither auch als Liedersängerin einen künstlerischen Ruf zu gewinnen wußte, wird mehrere Lieder, die sich dem Rahmen des Konzertes hinsichtlich einfügen, singen. — Der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes empfiehlt seinen Mitgliedern den Besuch der Veranstaltung, da sie zu billigen Preisen ein gut ausgewähltes Programm bietet. (Näheres siehe Anzeige in gestriger Ausgabe.)

Es ist nichts so fein gewonnen. Die Kriminalpolizei konnte in Verfolg einer Straftat einem umfangreichen Lagerdiebstahl bei einer Danziger Firma für Textilwaren auf die Spur kommen. Die Diebstähle wurden durch dort angestelltes Personal zum Teil schon seit Jahren in der geschicktesten Weise ausgeführt, ohne daß die fragliche Firma je einen bestimmten Verdacht ausprechen konnte. Der bisherige Schaden soll sich nach Angaben der Firma auf über 20000 Gulden belaufen. Die Haupttäter sowie der Vertreter der geschlossenen Sachen wurden dem Gericht angeführt und sehen ihrer Bestrafung entgegen. Eine größere Anzahl von Personen, die in dieser Diebstahlaffäre verwickelt ist, wird sich ebenfalls vor Gericht verantworten müssen.

Am der Petrische. Der Senat hat im Einvernehmen mit der Polizeibehörde die Umbenennung des „Sankt-Petri-Kirchhofes“ in „An der Petrische“ beschlossen.

Polizeibericht vom 15. Januar 1925. Festgenommen: 12 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Schleichung, 1 wegen Unerlaubter, 1 wegen Hausfriedensbruchs und tätlichen Angriffs, 1 wegen Trunkenheit und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 6 in Polizeihast, 1 Person abhandelt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Donnerstag, den 15. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Aula der Petrischule am Hauptplatz:

Märchen-Abend

mit allerneuesten Lichtbildern. Zur Deckung der Unkosten wird als Eintrittsgeld von Kindern 20 Pfa., von Erwachsenen 50 Pfa. erhoben. Kinder erwerbsloser Parteigenossen haben freien Zutritt.

Unnötige Aufregung.

Von der Senatspressestelle wird uns geschrieben: „Ein polnisches Blatt gibt seinem Besremden darüber Ausdruck, daß ein „preussischer Würdenträger“ am 10. Januar 1925 an einer Beratung des Hauptausschusses des Danziger Volkstages über das Danziger Aufwertungsgesetz teilgenommen hätte. Der Danziger Hauptauschluß kann es nur anerkennen, wenn seine Arbeiten auf dem Gebiete der Aufwertung auch über die Danziger Grenzen hinaus ernste Beachtung finden. Der Hauptauschluß hat auch von Anfang an großen Wert darauf gesetzt, daß bei der Regelung der Aufwertungsfrage in Danzig Rücksicht auf die Regelung in Deutschland und Polen genommen wird. Der Hauptauschluß hat infolgedessen beschlossen, daß er sich über die Regelung dieser Frage in den Nachbarländern alle Informationen schriftlicher und mündlicher Art verschaffen will. (Ein Beschluß, Sachverständige zu hören, lag allerdings nicht vor. D. R.)

Aber das polnische Blatt verschweigt, daß Oberfinanzrat Frommer, der übrigens kein preussischer Würdenträger ist, nur als Sachverständiger und rein informativ in die Aufwertungsausschüsse über den Stand der Aufwertungsfrage in Deutschland gemacht hat. Das polnische Blatt weiß auch nicht, daß auch an einen polnischen Referenten die Anfrage ergangen ist, ob er als Sachverständiger dem Hauptauschluß Auskunft geben will. Warum also die Aufregung?

Robeits-Überfall auf der Straße.

Am Sonntag, gegen 2 Uhr morgens, wurde die Unterwache der Schutzpolizei in Schilblich benachrichtigt, daß auf der Karthäuser Straße mehrere Passanten von ungefähr 7 Personen überfallen worden seien und mit Stöcken und Zornlaten geschlagen würden. Beamte der Schutzpolizei teilten mit, daß die Überfallenen in verschiedenen Richtungen geflüchtet waren. Drei der Täter, der Kutischer Josef P., der Kutischer Franz P., beide wohnhaft in Schilblich, und der Maurer Viktor Sch. aus Scherpingen, Kreis Tilsit, konnten in einer Wohnung in der Karthäuser Straße festgenommen werden. Kurz nach der Festnahme der Täter erschienen die Überfallenen auf der Unterwache und gaben an, ohne jeden Anlaß geschlagen worden zu sein. Einzelne der Überfallenen hatten nicht unerhebliche Verletzungen davongetragen. Zwei zerstückelte Rohrstöcke wurden am Tatort, eine Zornlatte und ein Rohrstock mit Bleikopf vor der Wohnung der Täter gefunden. Die drei wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert, während man den anderen auf der Spur ist.

Die Sittenmädchen und die Jugend.

Das Jugendwerk Danzig halte in einer Eingabe verlangt, daß die Kontrolle der Sittenmädchen, welche bisher in der Wiedenkaerne stattfindet, wieder nach dem Polizeipräsidium zurückverlegt wird, weil in der Wiedenkaerne auch die Jugendverbände und die Jugendherberge untergebracht ist und die Jugend dadurch stillos geschädigt werden könnte. Von Seiten des Senats wurde angeführt, daß die Kontrolle genannter Mädchen deshalb nicht im Polizeipräsidium stattfindet, weil auch oftmals durch Inzest Mädchen untersucht werden müssen, die bisher nicht unter Kontrolle standen. Es würden dadurch auch Verhältnisse anfallen und diese zu Unrecht Beschuldigten würden schließlich ihr Ansehen bei der Bevölkerung einbüßen, wenn man diese Personen nach dem Polizeipräsidium transportiert. Der Ausschuss des Volkstages, welcher sich mit dieser Eingabe beschäftigte, war gleichfalls der Ansicht, daß die Jugendfürsorge und die Sittenkontrolle nicht in einem Gebäude untergebracht werden könnten und empfahl dem Senat, die Eingabe zu berücksichtigen.

Die polnische Handelsmarine ist über städtische Anläufe immer noch nicht hinausgekommen. Das größte Schiff in der Dampfer „Janamet“ mit 3992 Bruttoregistertonnen. Dann folgt das polnische Schiffschiff mit 1275 To. Außerdem gibt es noch zwei Dampfer, „Bawel“ und „Barta“, mit 811 und 694 Tonnen, das Motorboot „Josef Englich“ mit 650 Tonnen und 4 Regiermaschinenschiffe. Die Statistik führt außerdem noch 7 Privatsegelboote an.

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Von der Schutzpolizei wird gemeldet: Vor einigen Tagen gegen 12 Uhr nachts verwies ein Beamter der Schutzpolizei in Poppel in der Nordstraße den Chauffeur P. A., der mit einem unbekannten jungen Mann ziemlich laut einherkam, zur Ruhe. Als sein Begleiter ihn auch beruhigen wollte, sagte er: „Ich was, die Schutzpolizei kann mir...“ Bei der an Ort und Stelle versuchten Personalkontrolle bemahm sich A. derart renitent, daß der Beamte gezwungen war, ihn zur Wache zu führen. Erst kam er der Aufforderung nach, um dann auf den Beamten einzuschlagen, so daß dieser gezwungen war, von seiner Dienstwaffe Gebrauch zu machen. Erst mit Hilfe anderer Beamten gelang es, A. in das Polizeigefängnis einzuliefern.

Autounfall. Gestern nachmittags hatte ein nach Poppel fahrender Kraftwagen in der Nähe von Hochwasser durch Schlagen eines Hinterreifens eine Panne. Der Wagen, der sich in voller Fahrt befand, wurde in den Chauffeuraten geschleudert. Der Anlaß, Rechtsanwalt Dr. Stein aus Danzig, erlitt erhebliche Schnittwunden am Kopf und an der linken Hand. Er wurde im Städt. Krankenhaus versorgt, konnte dann aber seine Wohnung aufsuchen.

Danziger Standesamt vom 14. und 15. Januar 1925.

Todesfälle: Kassiererin Gertrud Jochim, 22 J. — Privatlehrerin Martha Witt, 50 J. 10 M. — Tochter des Landwirts Bernhard Wolff, 7 J. — Ehefrau Gertrud Sender geb. Klein, 32 J. 9 M. — Arbeiter Robert Krause, 62 J. 2 M. — Witwe Verla Fröbe geb. Waisch 81 J. 5 M. — Witwe Emilie Pfeiffer geb. Schula veru Reimann, 78 J. 6 M.

Todesfälle: Maidinenmeister Artur Bartisch, 30 J. 3 M. — Sohn des Arbeiters Jakob Dulawa, 4 M. — Schülerin Christel Filzege, 10 J. 11 M. — Ehefrau Margarete Seaner geb. Gohle, 38 J. 2 M. — Inspektor Kar Dema, 61 J. 5 M.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Der Kredit für den deutschen Schiffbau.

Die von den deutschen Reedern mit der Reichsregierung geführten Verhandlungen wegen einer Unterstützung zugunsten des deutschen Schiffbaues haben gestern zu einer Vereinbarung geführt. Danach soll von beiden Seiten des Verbandes deutscher Reeder und von der Reichsregierung jährlich ein Betrag von je 50 Millionen Mark für die Zwecke der Erhaltung der deutschen Schifffahrt zur Verfügung gestellt werden. Da es sich bei dieser Aktion in erster Linie darum handelt, der Verfallindustrie Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen, um weitere Arbeiterentlassungen zu verhindern, wird der vom Reich zur Verfügung zu stellende Betrag auf dem Etat für Erwerbslosenfürsorge erscheinen. Der Zinsfuß beträgt bis zur Indienststellung der mit diesen Geldern zu bauenden Schiffe 12 Prozent, der nach der Indienststellung von den betreffenden Reedereien aufzubewahrende Zinsfuß ist noch nicht endgültig vereinbart und wird sich nach den dann gültigen Sätzen des Geldmarktes unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Schifffahrt richten.

Als Maßstab für die Inanspruchnahme des Reichskredits und des von den Reedern auszubringenden gleichen Betrages soll der augenblickliche Schiffsbestand dienen, wobei von vornherein ein Ausgleichsfonds den Bedürfnissen derjenigen kleinen Reedereien Rechnung tragen soll, die hinsichtlich des geringen Umfangs ihrer Tonnage und ihrer finanziell schlechten Lage als besonders notleidend anzusehen sind.

Deutsche Klagen gegen England. Nach einer Mitteilung aus New York hat der Vorsitzende des Konsulargerichts von New York entschieden, daß die britische Krone vor einem amerikanischen Gerichtshof verklagt werden kann. Es handelt sich um die Zulassung der Klage des Deutschen A. Pilsner auf Anklage von Aktien der amerikanischen Stahl-Korporation im Werte von 100.000 Pfund, die in England während des Krieges beschlagnahmt worden waren. Wenn Pilsner den Prozeß gewinnt, werden wahrscheinlich hunderte ähnlicher Prozesse anhängig gemacht werden.

Wachsende Krise in Lada. Die Lage in Lada, geächtet sich immer kritischer. Die Provinz kann überhaupt keine Ware mehr, so daß infolgedessen die Verhältnisse auf dem Ladaer Geldmarkt sich weiterhin verschärfen haben. Während vor einem Monat noch Wechsel gegen 3-4 Prozent monatlich diskontiert werden konnten, beträgt nunmehr in Lada der gewöhnliche Wechseldiskontsatz bis zu 8 Prozent monatlich. Von Kapitalistenschmeicheleiritten werden sogar 10 Proz. monatlich gefordert. Besonders bedauernd für den Geldmangel ist, daß, abgesehen der Termin für die Einlösung der Gewerkschaften schon abgelaufen ist, vom Verein der großen und mittleren Handelsfirmen bis jetzt nur 5 Prozent und vom Kleinhandelsverein nur 3-4 Prozent der Gewerkschaften eingelöst worden sind. Allgemein wird in Lada der Aufschwung ausgedrückt, daß ohne billiges Geld eine Beseitigung des Geldmangels überhaupt nicht möglich ist.

Auslieferung von Silbermünzen der russischen Industrie. Seit längerer Zeit hatten sich in Paris über russische Industrie auf, die mit Lieferungen eines englischen Konfessionsartikels wegen der Gewährung einer Anleihe in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling verhandelt. Die Regierung unterhält die Bemühungen der russischen Industrie. Die Anleiheauslieferung der Regierung haben sich in Amerika sehr vermindert, daß das amerikanische Konfessionsartikels nur 2 Millionen Dollar gewährt wird, während die russische Regierung nachbedingte 50 Millionen Dollar fordert. Die Entscheidung ist am kommenden Samstag gefällt werden.

Neue russische Silbermünzen. Abgesehen von den gegenwärtig in französischen, englischen und amerikanischen Münzstätten für Polen angefertigten Silbermünzen zu 2, 1 und 1/2 Rouble, die in russische Münzen umzuwandeln, werden nach im laufenden Jahre Silbermünzen zu 1 und 2 Rouble in Umlauf gesetzt werden. Die 1-Rouble-Münzen werden schon für kommenden Monat emittiert, während die 2-Rouble-Münzen erst nach genügender Schmelzung des Platins durch 2-Rouble-Silbermünzen in den Verkehr gebracht werden.

Ständige Stellungnahme der deutschen Krone. Die Deutsche Nationalbank ist auf die im Palma-Verfahren der Nationalbank angeführten Schwierigkeiten für die Verstaatlichung des am 1. Januar ablaufenden Konfessionsartikels hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten der Nationalbank einzuwirken. Demnach verpflichtet sich die Nationalbank zur Fortführung

Stabilisierung der Krone zum Goldwert von 65 Vere mit der weiteren Maßgabe, sie bis zum Januar 1927 auf 70 Vere zu heben. Die Regierung ihrerseits nimmt die Verpflichtung auf sich, der Nationalbank im Laufe von zwei Jahren 10 Mill. Kronen Staatsschulden abzugeben, welcher Betrag der Bank aus den aus einer Erhöhung der Staatseinkommen sowie aus Vorküstemern fließenden Einnahmen zugeführt wird. Außerdem übernimmt die Regierung die Garantie für einen Valutakredit von 40 Mill. Dollar, den die Nationalbank anzunehmen hat, während wiederum einem aus 15 Mitgliedern bestehenden Reichstagsausschuß das Recht zusteht, die Anwendung dieses Valutakredits ständig zu kontrollieren.

Die Stinnes-Reederei. Die A.-G. Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Ueberseehandel, Hamburg, weiß in ihrer Goldbilanz ein Stammkapital von 5 Millionen Mark auf. Eine Zusammenlegung ist nicht erfolgt. Von Bedeutung ist, daß die Bilanz eine Reserve von rund 10 Millionen Reichsmark aufweist. Die Fahrzeuge werden mit 10,50 Millionen, Immobilien mit 0,64 Millionen, Wertpapiere und Vorküstemern mit 7,60 Millionen, Waren mit 5,66 Millionen, Kasse mit 0,55 Millionen und Wechsel mit 34,53 Reichsmark angegeben.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Bergarbeiterinternationale und Lames-Plan. In Hannover wird am 1. Februar das internationale Bergarbeiterkomitee zusammentreten, um zu den Wirkungen des Lames-Planes auf die internationale Kohlewirtschaft Stellung zu nehmen. In dieser Sitzung soll auch die in Brüssel offen gebliebene Frage der Errichtung eines ständigen internationalen Sekretariats zur Erledigung kommen. Weiterhin wird über eine Entsendung von Bergarbeiterdelegationen nach Jülich zur Erforschung der dortigen bergbauähnlichen Verhältnisse Beschlüsse gefaßt werden. Nach Aussagen des Präsidenten der Internationale, Herbert Smith, anlässlich einer Rede in Jülich, werden sich besonders die Engländer für eine solche Delegation einsetzen.

Die Überbelegung in Baden aufgehoben. Der badischen Reichsrat ist mit Recht die letzte Erhöhung der Beamtengehälter in den Gruppen 1 bis 6 mit 12 1/2 Prozent zurückweisend. Sie gab ihrem Protest praktischen Ausdruck, indem sie über die Forderung des Reichsfinanzministers hinaus den unteren Beamtengruppen eine Zulage von 30 Prozent machte. Der Reichsfinanzminister erhob dagegen Einspruch. Das Reichsfinanzgericht in Leipzig hat jetzt in seiner Sitzung beschloßen, den Einspruch für begründet zu erklären. Wenn Baden auch formell Narret erlitten hat, moralisch war und bleibt es im Recht.

Die Glasarbeiter zur Schmelzungsfrage. Die letzte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter hatte im Prinzip beschloßen, den Anstoß an eine größere Organisation vorzubereiten. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, neben den bereits gepflogenen Verhandlungen mit dem Verband der Fabrikarbeiter weitere Verhandlungen mit dem Porzellanarbeiterverband und dem Porzellanarbeiterverband zu führen. Die Verhandlungen mit dem Verband der Porzellanarbeiter führten zu keiner Annäherung, während die Verhandlungen mit dem Porzellanarbeiterverband ein für die Glasarbeiter günstiges Ergebnis zeigten. Eine nach Berlin einberufene Konferenz des Hauptvorstandes, Bezirks, Anstalt und der Mitglieder des Ausschusses der Mitglieder des Verbandes zu empfehlen, den Anstoß an den Porzellanarbeiterverband vorzunehmen. Im Frühjahr dieses Jahres werden die Mitglieder des Glasarbeiterverbandes in einer Urabstimmung über die Verwirklichung mit dem Porzellanarbeiterverband endgültig zu entscheiden haben.

Gleich über nationaler Wettbewerb in Polen. Die unabhängige Regierung in Polen hat gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über nationaler Wettbewerb, wobei die Bestimmungen des entsprechenden österreichischen Gesetzes zum Muster genommen sind. Im Handelsvertrag mit Frankreich hat sich Polen verpflichtet, ein Gesetz über den nationaler Wettbewerb baldmöglichst zu erlassen.

Satzung vor der Schlichtung. Der Zentralverband des Bau- und Holzarbeiterverbandes der Schweiz teilt mit: Die Normordnungen in der Schweiz haben den bedeutenden Landesvereine gekündigt und Durchführung von Verordnungen angeordnet. Da sie gleichzeitig in Ausland Arbeiter angeworben haben und bereits ihre Agenten anforderten, werden wir dringend vor jedem Zutritt.

Kleine Nachrichten

Noch immer Untersuchung des Rathenau-Mordes. Zum Zwecke von Reingewinnungen in der Rathenau-Mordfache wollte dieser Tage der Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof zum Schutze der Menschheit, Landesgerichtsdirektor Richter aus Leipzig, in München.

Ein Fortschritt. Eine Mitteilung des Pariser „Journal“ bestätigt, daß die deutschen Pressevertreter in Paris wieder auf der Pressekonferenz der französischen Deputiertenkammer angelassen sind. Nach Kricakende war diese Aufnahme durch den Verein der ausländischen Presse in Paris — natürlich auf Verlangen der Regierung des Nationalen Blocks — hintertrieben worden. Nach Verhandlungen, an denen besonders Sozialisten beider Länder teilnahmen, ist es gelungen, diese kleinliche Maßnahme aufzuheben. Damit fällt auch automatisch das seit der Anrufbefehle bestehende Verbot für französische Pressevertreter in Berlin, die Pressekonferenz des Reichstags zu betreten, fort.

Die Berufung im Saarman-Vertrag. Im Saarman-Vertrag hat die Verteidigung des Brans eine Revision beantragt, an das Reichsgericht obgehen lassen. Sie stützt sich auf angebliche formale Verstöße während der vierwöchigen Verhandlungsdauer. Bis zur Erledigung des Revisionsverfahrens bleibt die Entscheidung des preussischen Staatsministeriums, ob es von dem Rechte der Gnade gegen Saarman Gebrauch machen will, in der Schwebe.

Ein Dentscher in Mexiko ermordet. Nach einer Mitteilung aus Mexiko-Stadt wurde der reichsdeutsche Wilhelm Stinnes am 8. Januar auf dem Rancho San Bartolo bei Puebla durch eine bewaffnete Bande ermordet. Der deutsche Konsul beantragte sofort an den Ort der Tat und stellte die Personalien des Opfers fest. Der mexikanische Außenminister hat dem deutschen Gesandten unverzüglich in einem sehr herzlich gehaltenen Privatbrief im Auftrag des Präsidenten Calles das Bedauern der Regierung ausgedrückt und betont, daß der Präsident sofort die energetischen Maßnahmen angeordnet habe, um die Bestrafung der Täter herbeizuführen. Die Mörderbande, die angeblich 50 Mann stark und auf bewaffnet ist, wird von Militär verfolgt.

Weltmeister Lewis geworfen! Eine überraschende Nachricht wird aus Kansas City (Missouri) gemeldet. Der Weltmeister im freien Stil aller Gewichtsklassen Ed. Lewis, mit dem Zunamen „Strangler“, der, wie wir berichteten, in diesem Jahre nach Europa kommen wollte, mußte jetzt eine plötzliche Niederlage hinnehmen. Er rang mit Wayne Man, einem früheren berühmten Fußballspieler der Universitätsmannschaft von Nebraska. Zweimal war es Man gelungen, den Weltmeister auf beide Schultern zu bringen. Der Kampf sollte in drei Gängen ausgetragen werden, und der Schiedsrichter erkannte auf eine Niederlage Strangers. Plötzlich erhielt Man von seinem Gegner einen Schlag auf das Kinn, der ihn so in Wut versetzte, daß er den am Boden liegenden Champion ergriff und ihn im Hagen aus dem Ringe warf. Die Zuschauer nahmen sämtlich für Wayne Man Partei, dem der Sieg angefochten, und der zum Weltmeister erklärt wurde. Er ist 25 Jahre alt.

Eine neue rätselhafte Krankheit. Wie aus Bombay berichtet wird, ist eine neue Krankheit in Indien über die Grenze von Afghanistan eingeschleppt worden, die viele Todesfälle hervorruft und den Ärzten bisher ein ungelöstes Rätsel aufstellt. Die Erscheinungen bestehen darin, daß die Kranken eine weiße Haut bekommen, furchbares Kopfweh, Fieber und Husten haben. Wenn die Erkrankten Blut anschnitten, so ist auf eine Heilung zu hoffen; aßen sie kein Blut von sich, so folgt der Tod. Man vermutet, daß es sich dabei um eine neue Form der Sarnaerkrankung handelt.

17 englische Dampfer zum Verkauf. Wie das Schifffahrtsorgan „The Star“ meldet, werden zurzeit Verhandlungen über den Verkauf von 17 Dampfern geführt, die namens der Union Cold Storage Company im Dienst der Blue Star Line laufen. Die Schiffe haben einen Wert von mehreren Millionen Pfund Sterling. Ihre Tragfähigkeit beläuft sich auf 150.000 Tonnen. Dem Vernehmen nach werden die Käufer englische Schifffahrtsinteressen sein, die bereits am südamerikanischen Handel beteiligt sind.

Verantwortlich für Politik Ernst Loos für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber für Inlandere Anton Kooßen sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gebl & Co. Danzig.

Nur noch 3 Tage! Großer Inventur-Ausverkauf! Nur noch 3 Tage!

- | | | | | |
|--|---------------------------------|--|--|---------------------------------|
| Hohennassel, gute Ware | Invanturpreis Meter 88 P |  | Cheviot, doppelt breit, reelle Farben | Invanturpreis Meter 1,95 |
| Handentuch, 80 cm breit | Invanturpreis Meter 95 P | | Damen-Hemden, Hohlbaumverzierung | Invanturpreis 1,95 |
| Domest-Handtuch, Würfel-Muster | Invanturpreis Meter 88 P | | Tischdecken, waschecht, doppelseitig | Invanturpreis 6,50 |
| Moderne Blasenstreifen, doppelt breit | Invanturpreis Mtr. 1,35 | | Schlafdecken, flauschige Qualität | Invanturpreis 8,50 |

Lange Brücke 40 Manufaktur- und Modehaus Lange Brücke 40



Achtung!



Der neue „**Quo vadis**“ Film mit **Emil Jannings**

gelangt ab morgen, Freitag, gleichzeitig im

Zentral-Theater

Langgasse

Lichtbild-Theater

Langer Markt

zur Vorführung

Anfangszeiten an beiden Theatern: 4, 6¹⁵, 8³⁰

Vorverkauf ab 3 Uhr an den Tageskassen — Großes Orchester

Danziger Nachrichten

Die Bernsteinengewinnung am Freistaat-Strand.

Wie wir bereits mitteilten, soll die Bernsteinengewinnung in der Rüste der Freistaat-Neubau neu verpachtet werden. Der Senat hat jetzt der Stadtbürgerchaft einen Antrag unterbreitet in dem um Zustimmung erucht wird, daß die von der Stadt Danzig mit den Staatlichen Bernsteinwerken in Königsberg bis zum 31. März 1930 abgeschlossenen Pachtverträge über die Bernsteinengewinnung auf der Strandstraße von Weichselmünde bis Narmeln (Polst) und auf dem Forst- und Dünen- und Forstgelände Heubude am 30. Juli 1930 zu einer Pachtsumme von 6000 Mark jährlich, und das Dünen- und Forstgelände Heubude am 30. Juli 1930 zu einer Pachtsumme von 2500 Mark jährlich. Die beiden Pachtverträge sind zuletzt verlängert worden im November 1918 für die Zeit bis 31. März 1930. Bei dieser Verlängerung wurde die Pachtsumme für die Strandstraße Weichselmünde bis Narmeln mit Rücksicht auf die bereits eingetretene Entwertung der Mark von 6000 auf 9000 Reichsmark erhöht, während es bei der Pachtsumme von 2500 Mark für das Dünen- und Forstgelände Heubude verblieb. Die Inflation in den letzten Jahren hatte zur Folge, daß die festgesetzten Pachtsummen keinen entsprechenden Gegenwert für die Verpachtung mehr darstellten und schließlich überhaupt keinen Wert mehr hatten, so daß beiderseits der Wunsch einer Aufwertung der Pachtsumme sich geltend machte. Inzwischen ist durch die Bildung der Freien Stadt Danzig dieser das Bernsteinstrandregal an der Strecke von Weichselmünde bis zur polnischen Grenze bei Koltebken zugefallen.

Im Laufe der Verhandlungen zwischen den Bernsteinwerken und der Senatsabteilung für Handel und Gewerbe zum Zwecke der Aufwertung der Pachtsumme stellte es sich als zweckmäßig heraus, der Preussische Bergwerks- und Hütten-Äktien-Gesellschaft, Zweigniederlassung Königsberg i. Pr., in die sich die Staatlichen Bernsteinwerke Königsberg umgewandelt haben, auch das staatliche Strandregal von Weichselmünde bis Koltebken in Pacht zu geben. Die Angebote an Bernstein im Jahre 1923 auf dieser Strecke war äußerst gering. Sie betrug a. B. im Jahre 1923 noch keine 2 Kilogr. Die Preussische Bergwerks- und Hütten-Äktien-Gesellschaft ist bereit, für die gesamte Pacht der staatlichen und staatlichen Strecken eine Pachtsumme von insgesamt 10.000 Reichsmark zu zahlen. Die Aufwertung für die staatliche Strecke auf 9.000 Reichsmark und eine Pachtsumme von 1.000 Reichsmark für die Staatsstrecke von Weichselmünde bis Koltebken erscheint den angebotenen Verhältnissen entsprechend.

Der Verwaltungsausschuß für den Forst- und Grundbesitz hat dem Antrage der Vorlage bereits zugestimmt.

Möblierte Zimmer für die Messe.

Die Messeleitung teilt im Anzeigenteil unserer vorliegenden Ausgabe mit, daß möblierte Zimmer für die Februarmesse täglich von 9 bis 2 Uhr im Messeamt angemietet werden können. Da auch dieses Mal mit einem starken Anstrom auswärtiger Messebesucher zu rechnen sein wird, muß die Messeleitung weitgehende Vorflüge treffen, um den auswärtigen Gästen Quartiere zur Verfügung zu stellen.

Amliche Bekanntmachungen.

Die Erd-, Mauer-, Isolierungs- und Zimmerarbeiten

für das Professorenhaus in Danzig-Langfuhr sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden. Termin am Freitag, den 23. Januar 1925, vorm. 10 Uhr. Die Bedingungen sind im Altstädtischen Rathaus, Zimmer 57, erhältlich. Hochbauverwaltung. (16180)

Verdingung.

Die Maler- und Anstreicherarbeiten für das Professorenhaus 7 und 9 auf Ziganenberg - Straße D sollen öffentlich vergeben werden. Angebotsformulare sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Stadt. Hochbauamt, Altstädt. Rathaus, erhältlich. Verdingungstermin: 31. Januar 1925. Stadt. Hochbauamt. (16179)

Verdingung.

Die Tischlerarbeiten für ein 12-Familien-Haus in der Wilhe mstraße in Neufahrwasser sollen öffentlich vergeben werden. Angebotsformulare sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Altstädt. Rathaus, Pfeffer-Radi 3-5, erhältlich. Termin: Montag, den 26. Jan. 1925. Städ. Hochbauamt. (16178)

Stein's Inventurverkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen:
16173 Große Auswahl in:
Herren- u. Damen-Anzügen in vielen Farben
Borschen- u. all. Preislagen
Schweden- u. Gummi-Mänteln bedeutend
u. Gummi-Mänteln herabgesetzt
Juppen, Hosen, Schirme u. Stiefeln
zu ganz niedrigen Preisen
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten
Teilzahlung mit bequemer An- u. Abzahlung
Stein's Konfektions-Haus
21 nur Hülbergasse 21
Achten Sie bitte auf den Namen Stein
nummer und Schwabenschilder

Maskengarderoben
verleiht Hing Chibowski, Hülbergasse 1. 1627

fügung zu stellen. Es ist ein Einheitspreis von 5 Gulden pro Nacht und Bett festgesetzt worden, für besonders vornehm ausgestattete Zimmer werden 10 Prozent Zuschlag gezahlt. Jeder Messefremde ist verpflichtet, den Mietpreis für 2 Nächte zu zahlen, auch wenn er das Zimmer nur für eine Nacht in Anspruch nimmt. Die Herbergssteuer ist bekanntlich in Danzig aufgehoben, während sie für Oliva und Roppot erheblich herabgemindert worden ist. Nach Informationen aus Oliva und Roppot soll aber auch für Messefremde in diesem Jahr keine Herbergssteuer zur Erhebung kommen.

Wann liegt Nötigung eines Beamten vor?

Ein Steuerbeamter hatte in einer Bank Forderungen zu machen, ob gelegentlich der Umstellung der Bilanz Steuerhinterziehungen vorgekommen seien. Der Bankdirektor war der Meinung, daß alles in Ordnung sei, ließ dem Steuerbeamten eine Aufklärung sagen und fügte hinzu: Sollte der Beamte nach Kenntnisnahme von diesen Tatsachen doch gegen die Bank weiter vorgehen, so werde ich ihn persönlich haftbar machen und gegen ihn persönlich vorgehen. Der Steuerbeamte, ein Regierungsrat, erklärte hierin eine verjüngte Nötigung.

Der Bankdirektor hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er bestritt, eine Nötigung beabsichtigt zu haben. Der Steuerbeamte hat seine Forderungen auch weiter durchgesetzt. Das Verfahren ist noch nicht beendet. Der Amtsanwalt beantragte 300 Gulden Geldstrafe wegen Nötigung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung mit folgender Begründung: Das Vorgehen gegen den Steuerbeamten persönlich kann bestehen in einer Beschwerde gegen ihn bei der vorgesetzten Behörde und ist zulässig. Dann könnte es eine Beschwerde beim Volkstag sein. Dies ist aber so bedeutungslos, daß es als Uebel nicht angesprochen werden kann. Die Androhung einer Zivilklage ist nicht-schlechthin als ein Uebel zu betrachten, wenn nicht besondere Umstände hinzu kommen, die es zu einem Uebel im Sinne der Reichsgerichtsbekanntmachung machen. Jeder Beamte muß damit rechnen, daß er haftbar gemacht wird. Der Schadensersatzanspruch richtet sich aber immer zunächst gegen den Staat und dieser kann sich dann an den Beamten halten. Dieser Umweg liegt aber so weit, daß sich der Beamte dadurch in seiner Willensfreiheit nicht beeinträchtigt zu fühlen braucht. Eine Nötigung liegt somit nicht vor.

Urkundenfälschung und Amtsunterdrückung.

Die Geschworenen hatten gestern über zwei Straftaten zu urteilen. Zunächst hatte sich der Expedient S. Sch. aus Danzig wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich in unbegreiflichem Verstand dazu verstanden, eine Zollanmeldung durch Fälschung um einige Gulden zu erhöhen, um auf diese Weise bei Verlegung an der Kasse in den unrechtmäßigen Besitz der Meinen Summe zu gelangen. Da Sch. noch unbestraft ist und den entstandenen Schaden ersetzte, so fand die Straftat sowohl bei den Geschworenen wie bei den Richtern eine milde Beurteilung. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis in Strafgleichheit mit einer Geldstrafe von 150 Gulden.

Auch die zweite gestern verhandelte Straftat betraf ein Vergehen, das zweifellos auf großen Reichtum des Schuldigen zurückzuführen war. Wegen Unterschlagung im Amt in zwei Fällen hatte sich der Hilfsbuchhalter M. R. aus Neufahrwasser zu verantworten. Er ist bisher unbestraft und versuchte seine Verfehlungen, er hatte zwei Postanweisungen in Höhe von 215 und 99 Gulden unterschlagen, durch Klage zu entschuldigen. Der Angeklagte hat im Urteile ein Auge verloren und noch an den Folgen der Verwundung zu leiden.

Auch in diesem Falle stehen die Geschworenen Milde walten und nahmen zugunsten des Angeklagten unter Bewilligung mildernder Umstände eine fortlaufende Handlung an. Auch der Antrag des Staatsanwalts ging nicht über das Mindestmaß hinaus. Dementsprechend lautete das Urteil auf 6 Monate Gefängnis, worauf drei Wochen der erlassenen Untersuchungshaft verrechnet werden. Nach Verfließen eines weiteren Monats der Strafe soll für den Rest derselben Strafsatzung stattfinden, falls der Angeklagte innerhalb von zwei Jahren den Schaden deckt, der der Polizeibehörde durch seine Handlungen entstand.

„Der Kämpfer.“ Mit einer Zähigkeit und Ueberzeugungsstärke, die auch dem der Abstinenzbewegung gleichgültig gegenüberstehenden Zeitgenossen die Aufmerksamkeit abtrotzen muß, bekämpfen die Organisations der Abstinenz in Danzig die Gegenseite haben sich diese Vereine in Danzig zu einer Hauptstelle für das Alkoholverbot zusammengeschlossen, die Hauptbewußt an der Verwirklichung des ihr gesteckten Zieles arbeitet. Um noch mehr wie bisher in die Öffentlichkeit zu arbeiten, gibt die Danziger Hauptstelle jetzt unter dem Titel „Der Kämpfer“ eine Zeitschrift für alkoholfreie Kultur heraus. Bisher sind zwei Nummern dieser Zeitschrift, die auf einer beachtenswerten Höhe steht, erschienen. Nr. 2 befaßt sich insbesondere mit den günstigen Wirkungen des Alkoholverbotes in Nordamerika. Ihr Leitfaden lautet: Hat die Vergebung sich entzogen, die Freiheit des einzelnen, sich zu ruinieren, durch Salktuna der Spielfälle zu beschränken; hat sie den Verkauf von Giften mit unständlichen Vorschriften umgeben, so wird sie auch wohl den Verkauf des Giffes, dem tausendmal mehr als allen andern aufzukommen zum Opfer fallen, mit einschränkenden Vorsichtsmaßregeln umgeben dürfen.

Dhra. An die Erwerbslosen werden Donnerstag, einem Beschlusse der Gemeindevorwaltung Rechnung tragend, Bezugsrechte über Kohlen, Holz und Kartoffeln vorausgibt. Es ist bisher gelungen, 600 Zentner Kartoffeln für diesen Zweck zu erhalten. Die Bemühungen um Beschaffung von Kartoffeln werden fortgesetzt. Da die Not in den kinderreichen Familien Arbeitsloser besonders drückend ist, werden zunächst die korpulenten Familien mit Kartoffeln beliefert. Sie können gegen Bezugsrechte von Kricia, Korinthengasse, in Empfang genommen werden. Bezugsrechte für Kohlen und Holz werden an alle Empfangsberechtigten auszugeben, die von sämtlichen einschlägigen Geschäften in Dhra in Zahlung genommen werden.

Roppot. Generalarm erlöste gestern abend gegen 6 Uhr. Es brannte in der Tischlerwerkstätte Kierott, Gerichtsstraße 18, wo die umherliegenden Mobelstücke in Brand geraten waren. Größerer Schaden wurde nicht verursacht, da der Brand durch einige Feuerwehrlente im Keime erstickt werden konnte. Die Beschädigten brauchen keine Verbeugung zu leisten. Die Generalarmetrisierung mit der letzten neuen Streue auf dem Feuerwehrröhrchen ist höchst unzulänglich; hoffentlich tritt darin bald eine Veränderung ein.

Amliche Börsen-Notierungen.
Danzig, 14. 1. 25
1 Reichsmark 1,26 Danziger Gulden
1 Mark 1,02 Danziger Gulden
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
Scheck London 25,21 Danziger Gulden
Berlin, 14. 1. 25
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

Linden-Kabarett und Varieté
DANZIG, Altstadt, Graben 93, Tel. 2908, 3318
Direktion: Gustav Rasch Art. Leiter: Fred Allgauer Ansager: Paul Ullrich

JANUAR-PROGRAMM:

Mara Bcehn Opern- und Konzertsängerin
Braminoff-Balilet Solo- und Duett-Tänze
Paul Ullrich Humorist und Conferencier
Nikita's Dresser-Hande-Komödie vom Zirkus Salamonsky, Riga
Tilly Abbott in ihrer Szene „Variété-Erinnerungen“
Otto Hansen der vornehme, leinshinge Characoonier
Clown Barna mit sein. musikalischen Ponny „Lony“ von den russischen Staatszirkussen in Petersburg, Moskau usw.
Jan und Hein das bekannte urkomische Herren-Duett
Mimmy Herbat & Paul Ullrich humoristisch elegante Gesangs- und Tanzspiele

Wally Schramm die gr. Stimmungsraummet
12 Braminoff-Dagmaroff 12
Sensationelle russische Attraktion
Musik (Balalaika) — Tanz — Gesang und Tscharkessenlager
Friedolin König (der Eisenkönig) und Partnerin, preisgekr., modern., phän. Kraftakt, Inhaber v. 72 Medaillen u. 4 Meisterschaften
Jlla Jüttner, Stimmungsoudbrette u. Sangerin
Rosita und Nasseroff in ihren modernen, exzentrischen Tanzschöpfungen
Rudolf Arnold, der neueste Schloßhergog, m. d. tief. Cu. A. ausgebild. v. Stett. Lehrgesangr., „Der liebste Bassist Deutschl.“
6 Dagmaroff, Balalaika

In der Linden-Bar am Ufer der Radaune
Mixer Tommy aus Norderney

Der angekündigte Empfang von Jan und Hein durch Bollermann und Theodor findet am Freitag, den 16. Januar, mittags 12½ Uhr, auf dem Langen Markt (Artushof) statt. Im Anschluß daran gemeinschaftliches Mittagessen im Ratsweinkeller 1617

„Ich helfe Dir“
Für die Abonnenten der Zeitschrift „ICH HELFE DIR“ findet in Heubude und Umgegend ein
Zuschneide-Kursus
statt, und zwar Freitag, 16. 1., Sonnabend, 17. 1., u. Sonntag, 18. 1., im 16172 Café Kroll, Heubude, Gr. Seebadstr. 8
Die Teilnahme ist für meine Abonnenten kostenfrei. Versicherungsschein als Ausweis mitbringen. Neuabnehmer werden auch im Kursus angenommen.
Eduard Westphal, DANZIG, Elisabethwall 9.

Auf
Kredit
geben wir Ihnen
Anzüge
Paletots
Schweden-Mäntel
Rock-Anzüge
Tanz-Anzüge
Die Preise sind ganz bedeutend ermäßigt

Bekleidungshaus LONDON
nur 16171
2. Damm 10

Wäsche
zum Waschen entgegen, dieselbe wird sauber, rein getrocknet und geplättet. Angebote unter 1484 an die Volksstimmere erbeten. (†)

Bettmässen
Befestigung sofort. Alter u. Geschlecht angebend. Auskunft ersonnt. F. Winkler, München 79 Nypenberger Str. 165

Die Beleidigung,
die ich Frau Stobinski, Rehrangerweg 4a, zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück. (16168)
Hedwig Woch, Enal, Damm 9.

Möblierte Zimmer für Messsegäste
sind täglich von 9-2 Uhr im Messeamt anzumelden. 16179

Die Messeleitung.

1000 bis 1500 Gulden gegen Hausbesitzer und Familienstand gepachtet, hohe Zinsen. Angebote unter 1482 an die Exped. der Volksstimmere. (†)

Junge Frau empfiehlt sich als **Rechnerin** für die Morgenstunden. Rontoreinigung. (†) Rattenbuden 19, 4. Hof.

Anständige Frau sucht **Stelle** für die Morgenstunden. Rontoreinigung. (†) Rattenbuden 19, 4. Hof.

Robrstühle werden sauber und billig eingekauft. (†) St. Wal. Brauhaus 4, 2.

Wäsche zum Waschen entgegen, dieselbe wird sauber, rein getrocknet und geplättet. Angebote unter 1484 an die Volksstimmere erbeten. (†)

Wäsche zum Waschen entgegen, dieselbe wird sauber, rein getrocknet und geplättet. Angebote unter 1484 an die Volksstimmere erbeten. (†)

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Donnerstag, den 15. Januar, abds. 7 Uhr:
Dauerkarten haben keine Giltigkeit.

Die Frau ohne Ruf

Auffpiel mit Musik in 3 Akten von Richard Kehler.
Gesangstexte von Willi Kollo. Musik von Walter Kollo.
In Szene gesetzt von Erich Sterned.
Musikalische Leitung: Karl Bomberger.
Inspektion: Oskar Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9^{1/4} Uhr.
Freitag, den 16. Januar, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie III. „Gewalt“. Komödie in 5 Akten.
Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr.
„Dornröschen“.

Künstlerspiele

Danziger Hof

Der unerreichte

Januar-Spielplan

Das Urteil des Publikums über die Darbietungen dieses Programms ist einfach fabelhaft.

16169



Flamingo

Bühne und Film
Junkergasse Nr. 7

Voranzeige: Ab morgen, Freitag:
Das Tagesgespräch der Welt!

§ 218

im Brennpunkt des öffentlichen Interesses in unserm neuen Filmwerk:

In den Hauptrollen die prominentesten Künstler Deutschlands wie:
Erika Gläser

Muss die Frau Mutter werden?
Eine Tragödie in 6 Akten vom Kreuzweg der Liebe u. d. Mutterschaft. Der aktuellste Film d. Gegenwart!

Harry Liedtke
Margarete Kupfer
Hanna Ralph
Käte Dorsch, Paul Otto
Karl Aton

Jede Frau, jedes junge Mädchen, jeder Mann muß diesen Film sehen!

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Julius Goldstein

Junkergasse 2-4 Gegenüber der Markthalle

Billige Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren,
Herren- und Damenwäsche, Trikotagen
Schürzen und Spielwaren.

16176

Besonders billige Schuhtage

Sie kaufen jetzt äußerst günstig

Schuh-Cohn, Lange Brücke Nr. 41

Gegründet 1879

16175

Gut erhaltener
Kindewagen
zu verkaufen. Modest,
Stadgebiet, Schönfelder-
brücke 17, 2 Tr. (†)

Leichtes **Reiterboot**
(8-10 Ztr. tragfähig) und
Stellnetz billig zu verkf.
Siebert, Schild 12, 1 Tr.

Die letzten Tage des Inventur-Ausverkaufs Billige Damen-Konfektion

Ein Posten

Flanellblusen in hell und dunkel gestreiften Sport-
flanell, Hemdfarben, in guter Verarbeitung

5⁹⁰ 7⁸⁵ 10⁷⁵

Ein Posten

Warme Blusen Jumper and Kasaks, in gestreift
und kariert, in schönen modernen Mustern

9⁸⁵ 11⁷⁵ 15⁷⁵

Ein Posten

Blusenröcke aus Sportstoff, Cheviot und karierten
Stoffen, moderne gesitzende Form, mit Knopfgarnierung

4⁹⁵ 9⁷⁵ 13⁷⁵

Ein Posten

Flausch-Ratinees schöne, weiche Qualität in
modernen Formen, in vielen schönen Farben, mit feiner
Garnierung

12⁹⁰ 14⁷⁵ 18⁷⁵

Ein Posten

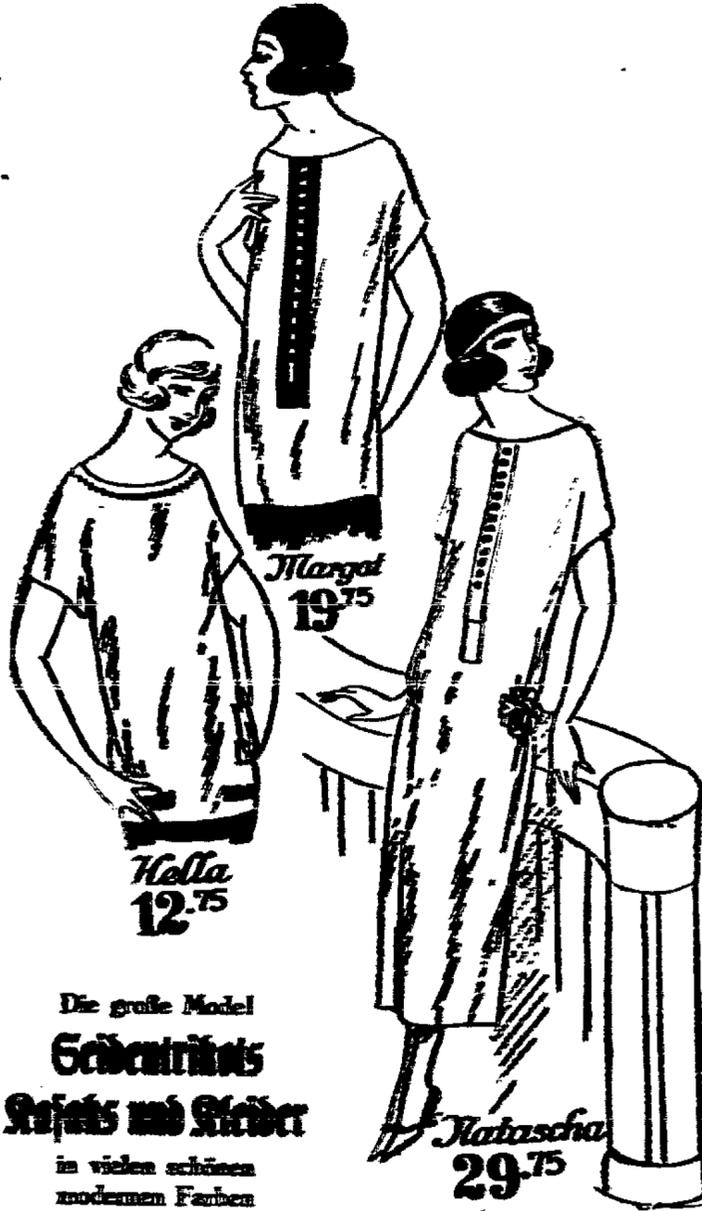
Flausch-Morgenröcke in verschiedenen
schönen Farben, gute, weiche Qualität, in moderner
Ausführung

24⁷⁵ 29⁷⁵ 32⁵⁰

Ein Posten

Kinder-Wintermäntel für Mädchen, aus
guter, warmer Stoffen, in zeitgemäßen, modernen Formen

15⁷⁵ 26⁵⁰ 36⁰⁰



Die große Model
Erdentrübels
Stiefel und Strümpf
in vielen schönen
modernen Farben

Ein Posten

Damen-Wintermäntel aus schweren,
warmen Stoffen, verschiedene Dessins, moderne Macharten

15⁷⁵ 26⁵⁰ 37⁵⁰

Ein Posten

Damen-Wintermäntel aus gutem, rein-
wollenem Flausch, Eskimo und Affenhaut, viele schöne
Formen

48⁰⁰ 58⁰⁰ 69⁰⁰

Ein Posten

Damen-Gummimäntel englisches Fabrikat
moderne Form, verschiedene Farben, hervorragend im Tragen

39⁵⁰ 42⁵⁰ 58⁰⁰

Ein Posten

Baschkleider aus bedrucktem Voile, Musselin und
Waschkrepp, in vielen verschiedenen Formen und Mustern

19⁷⁵ 29⁷⁵ 39⁰⁰

Ein Posten

Wollkleider aus blauem Cheviot, in neuen reizenden
Macharten, mit verschiedener Garnierung

19⁷⁵ 36⁰⁰ 39⁵⁰

Ein Posten

Sportkostüme aus praktischen Stoffen, in ver-
schiedenen Macharten, Jacke ganz gefüttert

24⁷⁵ 29⁷⁵ 58⁰⁰

Wie obige Abbildung!

Seidenjumper „Sella“ 12⁷⁵
mit feinem Stoff, in all. Modest.

Seidenjumper „Margot“ 19⁷⁵
in feiner Ausführung, elegant. Farb.

Erdentrübels „Sella“ 29⁷⁵
Bock-Klein-Konfig. in all. Farb.

Sternfeld

16167